

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 152 (1986)

Heft: 3

Artikel: Nach Genf

Autor: Luchsinger, Fred

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-57196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach Genf

Dr. Fred Luchsinger

Immer noch Friede durch Abschreckung

Sicherheit beruht nach wie vor oder in noch ausschliesslicherer Weise als zuvor auf der Furcht aller, auch und namentlich der Grossmächte selber, vor dem «grossen» Konflikt, europäische Sicherheit darauf, dass ein «kleiner» Konflikt in dieser für das globale Gleichgewicht entscheidenden Zone unausweichlich den grossen mit sich führen müsste. Sein Risiko ist nicht berechenbarer, die Abschreckwirkung im Zeichen der seit 1955 eingetretenen nuklearen Parität nicht geringer geworden.

Dabei hat diese furchteinflössende und so stabile Konfrontation beiderseitiger kriegsverhindernder Abschreckmacht in diesen dreissig Jahren eine lange Reihe akuter Krisen im Verhältnis der beiden Welt- und Nuklearmächte überdauert, Krisen, die ohne

diese Barriere der Abschreckwirkung jedenfalls teilweise leicht in offene Konflikte hätten umschlagen können: ungarischer Aufstand und Suezkrise 1956, Berlin 1958 und 1960–1963, Kuba 1962, Vietnam 1966–1975, Prag 1968, Ostafrika, Angola in den siebziger Jahren, Nah- und Mittelost fast pausenlos. Ausgerechnet im Entspannungsjahrzehnt nach 1970 hat die Sowjetunion ihre «konventionelle» Rüstung zu Land, See und Luft in einer gewaltigen Anstrengung forciert ausgebaut und ihr nukleares Zerstörungspotential auf den Gleichstand mit dem amerikanischen gebracht. Das «Gleichgewicht», nicht identisch mit «Parität» und kein tiefgefrorener Zustand, sondern ein labiler wechselhafter Prozess, pendelte sich auf einer im Vergleich zu den fünfziger Jahren massiv erhöhten Basis der kriegerischen Machtmittel ein.

Die Schwierigkeit von Leistung und Gegenleistung

Die Gründe dafür, dass die Gelegenheit einer Generalvereinbarung sich nicht ergab, sind einzusehen. Einer davon, ein selten ausgesprochenes, liegt darin, dass keiner der beiden in einem Moment eigener Schwäche die Stärke des andern sozusagen festschreiben wollte – und will. Und in der langen Liste der Auseinandersetzungen war stets, wenn auch wechselnd, einer der Schwächere.

Sodann ist in Rüstungs-, Sicherheits- und Gleichgewichtsfragen schon die Definition des *quid pro quo*, des ausgewogenen Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung enorm komplex. Der Rückzug einer sowjetischen Division aus der DDR nach Weissrussland ist nicht gleichwertig dem Rückzug einer amerikanischen Division aus der Bundesrepublik über den Atlantik, die Dislozierung einer mobilen Raketenrampe hinter den Ural nicht gleichwertig dem Abbau einer festen im Schwarzwald, die Trident-Rakete auf einem Unterseeboot hat ein anderes strategisches Gewicht als das Megatonnenkaliber eines Interkontinental-Missiles.

Die Schwierigkeiten, Konzessionen im Rahmen unterschiedlicher und hochdifferenzierter strategischer Systeme objektiv gegeneinander abzuwägen, sind unabsehbar. Sie führen zu

ASMZ Editorial

Schritte in die richtige Richtung

Seit 1850 gibt es ein eidgenössisches Bundesheer. Und seither gibt es auch Klagen darüber, dass der Lehrkörper dieser Milizarmee, das Instruktionkorps, weder zahlenmässig noch qualitativ genüge. Das Erstaunliche an diesem unbefriedigenden Zustand ist, dass nie ernsthaft Anstrengungen unternommen wurden, diesen Missstand zu beheben.

Nun hat endlich im Jahr 1985 eine parlamentarische Geschäftsprüfungskommission das Problem aufgegriffen. Durch pointierte Äusserungen wurde sogar in den Medien Aufsehen erregt. Eine parlamentarische Debatte, ausmündend in ein Postulat, bestätigten das Unbehagen über die Lage. Damit ist die Instruktorenfrage politisiert und eine Voraussetzung geschaffen, um einen leistungsfähigeren Lehrkörper aufzubauen. Denn dieser muss ja besonders hohen Ansprüchen genügen: ein Volks-

heer, ausgerüstet mit modernstem Gerät, in extrem kurzen Ausbildungszeiten kriegstüchtig zu machen.

*

Dieser Problematik widmete seinerseits der «Schweizerische Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften» (SAMS) kürzlich ein zweitägiges Symposium. Hauptanliegen war, nicht nur den Ist-Zustand aufzuzeigen, sondern zu Lösungsmöglichkeiten vorzustossen. Der Versuch ist, um es vorwegzunehmen, gelungen. Einschränkend muss allerdings beigefügt werden, dass die Palette der Möglichkeiten nicht allzu reichhaltig sein kann.

*

Die Diagnose lässt sich in drei Feststellungen zusammenfassen: Es gibt auch heute noch Offiziere, die das für den militärischen Lehrberuf notwendige «feu sacré» mitbringen. Die Qualität

des Lehrkörpers lässt bisweilen zu wünschen übrig, und es steht wegen Überbelastung kaum Zeit zur Weiterbildung zur Verfügung. Am eindrücklichsten aber wirkt sich der katastrophale und permanente Unterbestand aus.

Die qualitativen und quantitativen Mängel haben schwerwiegende Folgen zum Nachteil der auszubildenden Kader und Truppe, aber auch für den Instruktor und seine Angehörigen selber. Es gilt, aus diesem Teufelskreis auszubrechen. Das ist offenbar ohne politische Initiativen nicht möglich.

*

Von den vier Lösungsansätzen, die zur Debatte standen, kann das Postulat Müller – Bachs, das eine Abkoppelung der Laufbahn des Instruktionsoffiziers von derjenigen des Truppenoffiziers in den Mittelpunkt einer Reform stellt, nicht befriedigen. Denn die Instruktoren sind in ihrer Mehrheit nicht bereit, auf eine militärische Karriere zu verzichten. Beruflicher Aufstieg und Avancement bei der Miliztruppe müssen gleichzeitig möglich bleiben. Mithin wirkt der eingebrachte Lösungsansatz prohibitiv.

ebenso unabsehbar komplizierten Gleichungen oder, so in den schon viele Jahre dauernden Wiener Verhandlungen über eine «gegenseitige ausgewogene Truppenreduktion» (MBFR), zu einem kontroversen «Erbsenzählen».

«Gleiche Sicherheit für alle»

Entscheiden werden über die Zugeständnisse und Kompromisse jedoch nicht die Experten und nicht die Computer, sondern die verantwortlichen Politiker. Auch sie werden auf einem ausgewogenen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung ihrerseits bestehen müssen, damit sie sich zu Hause rechtfertigen können. Abrüstung bis zur einseitigen Entwaffnung kann oder konnte gegebenenfalls ein Sieger dem Verlierer diktieren. In der Verhandlung zwischen zwei gleichberechtigten Partnern aber gilt das Gleichheitsprinzip, auf das sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion schon 1961 mit der Formel der «gleichen Sicherheit für alle» festgelegt haben. Gemeinsam haben sie dann allerdings im internationalen Atomsperrvertrag dieses Gleichheitsprinzip gegenüber Dritten auf Orwellsche Art abgewandelt: Sie haben die atomaren Habenichtse zur Verpflichtung auf nukleare Abstinenz geradezu genötigt, ihnen gegenüber aber selber lediglich eine rein theoretische, nie ernst genommene Pflicht, nämlich die «Bemühung» um einen Abbau der Atomwaffen, übernommen. («All ani-

mals are equal, but some are more equal than others.»)

Politik in höchstem Masse sind aber nicht erst Rüstungs- und Sicherheitsvereinbarungen, sondern schon die Verhandlungen darüber, mögen sie noch so sehr nach Expertenstreit aussehen. Verhandlungsverweigerung und Verhandlungsbereitschaft waren im Vorfeld der neuen Genfer Runde bedeutsame politische Signale und Instrumente der west-östlichen Auseinandersetzung zugleich.

Und nicht nur der grüne Tisch ist politischer Kampfplatz, sondern mit der Publizität, die man ihm gibt, die ganze Öffentlichkeit. Es ist ein Kampf mit ungleichen Spiessen insofern, als nur auf der einen Seite eine vielstimmige, schwierige, verletzte, unberechenbare Öffentlichkeit im Spiel ist. Auf der andern Seite ist das Publikum sprachlos, von aussen schwer erreichbar, von innen manipuliert und ohne Einfluss auf den Lauf der Dinge.

Die Öffentlichkeit und das «Denken des Undenkbaren»

Wie bringt man einer jeder Kontroverse und Propaganda ausgesetzten westlichen Öffentlichkeit die scheinbaren, aber unter Umständen entscheidenden Subtilitäten und die Widersprüchlichkeiten einer Logik bei, wie sie die Sicherheitsproblematik im Atomzeitalter, das «Denken des Un-

denkbaren» durchziehen – einer Logik, in der Sicherheit auf der Drohung des Unterganges und auf der Unsicherheit der Risikoberechnung beruht?

Die Öffentlichkeit ist anfällig für Suggestionen, die das Komplexe einfach erscheinen lassen, oft blind für Kurzschlüsse und also ein günstiges Objekt politischer Beeinflussung. «Moratorium» und «Freeze», Verzicht auf den atomaren «Erstschlag» kommen ihr als einleuchtende, bei «gutem Willen» realisierbare Rezepte einer einfachen, abkürzenden Prozedur zur Sistierung des Rüstungswettlaufs vor.

Die Konsequenzen derart einfacher Rezepte jedoch sind schwerer zu durchschauen: Fixierung eines Ungleichgewichts und Schwächung der Abschreckung, Aushöhlung der Strategie zur Verteidigung Europas, die ja nur gerade für ein paar Tage zur «konventionellen» Abwehr eines Angriffs fähig und danach auf Atomwaffen angewiesen wäre, wollte sie eine Überrolung des Kontinents verhindern. Und wer denkt beim attraktiven Vorschlag einer 50prozentigen Reduktion der Atomwaffen daran, dass in der verbleibenden Hälfte noch immer eine mehrfache «Overkill»-Kapazität stecken, die generöse Offerte also keineswegs gewährleisten würde, dass aus der Welt ein Ort grösserer Sicherheit und geringerer Probleme würde.

(Fortsetzung Seite 129)

Überdies versiegt der Nachwuchs an genügend erfahrenen Offizieren für die höheren Chargen in der Armee. Deswegen wurde das Postulat nicht mehr weiterdiskutiert.

*

Noch völlig im geltenden System verhaftet ist der Vorschlag, der die Kommandanten aller militärischen Schulen verpflichten will, jeden höheren Unteroffizier und sämtliche Leutnants und angehenden Einheitskommandanten auf ihre Eignung zum Berufsoffizier vorzuprüfen.

Die Armee habe das Glück, den gesamten potentiellen Instruktoressnachwuchs kennenzulernen. Zweifellos bieten sich bei konsequenter Anwendung dieses Vorgehens noch Reserven an, die kurzfristig mobilisierbar wären.

*

Einen Schritt in eine andere Richtung hat der Waffenchef der MLT getan. Er teilt seine Instruktionsoffiziere in zwei Kategorien ein: Jene, die nur in Rekrutenschulen unterrichten, dafür auch nur bis zum Major aufsteigen. Dies selbst-

verständlich mit Wissen und Willen des Instructors. Besonders eine technische Truppe erhält auf diese Weise konstante, hochwertige Ausbildungsimpulse durch langdienende, erfahrene Fachleute. In der zweiten Kategorie vereinigt das «Modell Suter» jene Berufsoffiziere, die später im höheren Offiziersunterricht und als Schulkommandanten Verwendung finden. Diese Leute wollen aufsteigen. Aus ihren Beständen rekrutiert sich auch das Gros der höheren Stabsoffiziere. Diese Vorstellungen wurden auch von der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission aufgegriffen und als Empfehlung an das EMD weitergeleitet.

*

Erstaunlich ist, dass kaum je Anstoss daran genommen wird, dass der militärische Lehrer über keinen ersten Bildungsweg verfügt, wie das bei den übrigen pädagogischen Berufen selbstverständlich ist. Der Instruktoressberuf ist in der Schweiz ein Zweitberuf.

Der vierte und letzte der diskutierten Lösungsansätze galt daher der Möglichkeit, einen ersten Bildungsweg zu

schaffen: Ausbau der bestehenden «Militärschulen» an der ETH Zürich zu einem sechs- bis achtsemestrigen Lehrgang mit selektionierenden Zwischenprüfungen und Diplomabschluss. Von einem solchen Lehrangebot wird hohe Attraktivität und eine solide berufliche Ausbildung erwartet. Damit wären endlich die Voraussetzungen für einen in qualitativer und quantitativer Hinsicht befriedigenden militärischen Lehrkörper geschaffen.

*

Das SAMS-Symposium – dessen Bulletin Nr. 1/1985 erschöpfend über die Tagungsergebnisse Aufschluss gibt* – liess klar erkennen, dass es dringende Aufgabe von Behörden und Parlament sei, diese heute noch zu schwache Säule unserer Milizarmee tragfähiger zu machen. fas

* SAMS-Bulletin Nr. 1/1985, zu beziehen bei: Institut für Soziologie der Universität Bern, Speichergasse 29, 3011 Bern, Tel. 031/65 48 11.

Verteidigung statt Abschreckung

Eben die unheimliche Massierung von nuklearer Zerstörungskapazität, die im Zeichen der Abschreckstrategien in den Arsenalen der Mächte angeschwollen ist und die nicht nur die öffentliche Meinung beunruhigt, hat den Ruf nach einer alternativen Sicherheitspolitik laut werden lassen. Ihm hat Reagan mit seinem Entwurf einer «Initiative strategischer Verteidigung» (SDI) Rechnung getragen. Auch sie ist mit der Verlagerung der Sicherheitspolitik von Abschreck- und Vergeltungswaffen auf reine Verteidigungs- und Abwehrinstrumente, von Offensivkraft auf Defensivstärke ein einfacher Gedanke, dem man seine Komplexität nicht auf den ersten Blick ansieht. Aber immerhin einer, der nicht nur die Fassaden, sondern schwer entzifferbare Strategien selber zu vereinfachen verspricht – sofern er sich technisch realisieren lassen sollte.

Politisch bedeutet der SDI-Gedanke vorläufig Öl ins Feuer der Kontroverse. Als neues Thema überlagert er das alte vom «Gleichgewicht des Schreckens». Könnte er den Weg zu einem Abbau der hypertrophierenden Abschreckrüstung unter Erhaltung der Sicherheit weisen? Der Weg würde über eine äusserst anspruchsvolle, wenn auch alternativ auf Defensive gerichteten Rüstungsrunde führen, und dabei würden die Hauptmittel bisheriger Sicherheitspolitik entwertet. Zukunftsvisionen mit neuen Hoffnungen, mit der Aussicht auch auf neue Probleme, geraten in Konkurrenz zu Gegenwartsrealitäten, die ihrerseits als drückend und zugleich schwer korrigierbar empfunden werden.

Auch Reagans Entwurf ist aus der alten und bei allen fliessenden Wechseln doch dauerhaften politischen Szene nicht zu lösen: aus der Szene der west-östlichen Konfrontation, die nach wie vor mehr ist als blosser Machtkonflikt und in dessen Zentrum Europa bleibt. Von ihrer Geburtsstunde an ist die SDI nicht nur eine sicherheitspolitische Idee, sondern ein zusätzliches Objekt der europäischen Option für oder gegen weitere und stärkere Bindung an Amerika und ein Vehikel im vierzig Jahre alten Kampf um diese Verbindung gewesen.

Stilwandel?

Das also ist, in groben Zügen und lückenhaft umschrieben, das Problempaket gewesen, das in Genf zwischen den beiden Grossmachtrivalen und -partnern auf dem Tisch lag. Es ist inspiert worden, aber es liegt auch nach

SDI

Alle reden gegenwärtig von der amerikanischen «Strategischen Verteidigungsinitiative», von Reagans «Star-wars»-Konzept. Und auch Gorbatschow hat in Genf erkennen lassen, dass es bei Verhandlungen über Weltraumwaffen nur um amerikanische Aktivitäten gehe. Dabei produzieren die USA auf absehbare Zeit nur Papier – und vielleicht einmal Prototypen –, während die Sowjetunion bereits heute harte Fakten schafft. Zuerst und vor allem sollte daher von Gorbatschows «Star-wars»-Aktivitäten gesprochen werden.

Dr. H. Rühle in Truppenpraxis Nr. 6/85

dem 20. November noch unverändert da. Die beiden Chefs haben festgehalten, dass ihre Meinungen und politischen Absichten in den Kardinalpunkten der Rüstungspolitik nach wie vor gegensätzlich oder mindestens unterschiedlich sind und dass noch «viel Arbeit» nötig sei, wenn man sich näher kommen wolle. Doch haben sie das Rüstungs- und Sicherheitsproblem als ein gemeinsames adoptiert, und sie haben ihre Feststellungen freundlich lächelnd getroffen. Ihr Lächeln ist denn auch für das Publikum das eigentliche und soweit einzige Resultat von Genf.

Es ist *nicht nichts*. Anders denn als ein beabsichtigtes Signal ist es im Rahmen einer so penetranten globalen Medien-Show nicht zu deuten. Das Signal meldet guten Willen und Umgänglichkeit. Aber im Unterschied zu bisher, wo jeder diese Qualitäten für sich reklamierte und sie dem anderen absprach, attestiert man sie sich jetzt mindestens bildlich gegenseitig. Ein neuer Stil der Auseinandersetzung? Es wird sich erst noch erweisen müssen, ob man es mit einer dauerhaften Form zu tun hat. Im übrigen kann auch die Form sehr wohl Waffe sein.

Dass namentlich russische Propaganda in oft raschem Wechsel bald warm, bald kalt bläst, daran hat man sich in Jahrzehnten gewöhnt. Der Wechsel in Genf fällt aber durch seine Abruptheit doch auf. Das ganze Vorspiel hindurch hatte Moskau die andere Seite als nicht verhandlungswillig denunziert, kategorisch den Verzicht auf die SDI geradezu als Bedingung für alles Weitere gefordert, die Schuld an einer eventuellen, schon fast vorweggenommenen Resultatlosigkeit ausschliesslich Washington aufgeladen und die ihm zugänglichen Meinungsektoren Europas und Amerikas ganz schön polemisch aufgeheizt.

Aber dann hat der Machthaber selber, ohne dessen Zustimmung und

Willen dieses aggressive Präludium kaum denkbar gewesen wäre, eben diese Resultatlosigkeit, einschliesslich des verweigerten Verzichts auf SDI, mit mildem Lächeln und dem Versprechen quittiert, sich weiterhin zu bemühen. Er hat damit sein eigenes Propagandaorchester von einem Augenblick auf den andern umgestimmt. Warum? Alibi für eine spätere Krise, gute Miene zu einem bösen Spiel, Aspiration auf das internationale Image eines ehrlichen Maklers für den Frieden? Das Rätsel ist bisher nicht überzeugend gelöst, die Entschlüsselungsversuche bleiben allzu spekulativ.

Auf sicherem Boden ist man hingegen mit der Einsicht, dass das Pensum, das die Protagonisten ernsthaft anpacken wollen bzw. auf jedem Fernsehschirm der Welt anzupacken versprochen haben, nicht mit blossem Stilwandel zu bewältigen ist – sollte er wirklich eintreten. Seine Komplexität liegt nicht nur in der Verflechtung aller Abrüstungs- mit allen Sicherheitsfragen. Sie wird noch einmal geradezu potenziert dadurch, dass das Ganze aus engster mit der west-östlichen Auseinandersetzung schlechthin, mit ihren machtpolitischen und ordnungspolitischen Konflikten, ihren divergierenden Vorstellungen von Wertordnungen, von Herrschaft, Führung, Autorität, von Freiheit und Zwang, ihren gegensätzlichen Interessen verbunden und verknüpft ist.

Nachschrift der Redaktion

Der vorstehende Beitrag – am Anfang und am Schluss gekürzt – erschien Januar 1986 in den «Schweizerischen Monatsheften» und wird mit freundlicher Bewilligung des Autors und des Verlages hier wiedergegeben.

Unterdessen ist der Vorschlag einer totalen nuklearen Abrüstung der beiden Supermächte durch den sowjetischen Parteisekretär bekanntgeworden. Auch dieses Projekt, von dem man noch nicht weiss, wie ernst es gemeint ist, wird die vorstehenden kritischen Überlegungen nicht obsolet machen. Vor allem aber: Wie werden die übrigen Atomkräfte reagieren und welche Konsequenzen hätte eine atomare Abrüstung für die (konventionelle) Verteidigung Westeuropas?

Unser Train

Zur Januar-Nummer der ASMZ schreibt uns der ehemalige Kdt der Train-Schulen, Oberst H. Amstutz:

«Vier Trümpfe hat der Kommandant der neunten nun en main Und urchig anerkennt er sie zugunsten seines Train.»